

Theo Rauch

Nicht der Kapitalismus allein macht arm Replik zu den Anmerkungen von Gerhard Hauck

Es ist gut, dass um die Verantwortung für Armut noch gestritten wird. Und es ist gut, dass sich noch jemand aufregt, dass nicht alles gleich gültig ist. Wenn man sich aufregt, kann es aber schon mal vorkommen, dass man selektiv liest und Buhmänner aufbaut. Die Anmerkungen von Gerhard Hauck zu meinem Artikel „Von Basic Needs zu MDGs“ (beide in *PERIPHERIE* 107) enthalten teilweise Fehlinterpretationen meiner Aussagen, teilweise aber auch Differenzen in der Einschätzung der Armutsursachen.

Gerhard Hauck unterstellt, dass in meinem Beitrag „externe Faktoren wie Transnationale Konzerne oder oligopolistische Weltmarktstrukturen gar nicht in den Blick kommen“ (246) bzw. dass „die weltweit herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht zur Diskussion stehen“ (248). Der Autor des Artikels habe es nicht geschafft, schreibt er, „sich sehr viel eindeutiger aus der Verstrickung in den *Mainstream*-Entwicklungsdiskurs zu lösen, statt immer wieder auf dessen Vokabular zurückzugreifen“ (249). Zu den „ärgerlichen Konzepten“ dieses *Mainstream*-Diskurses gehören aus Sicht von Hauck die Konzepte *rent seeking*, *Staatsklassen*, *Klientelismus*, *Anreizsysteme* und *good governance*. Ich will zunächst – in der gebotenen Kürze – benennen, wo ich mich missinterpretiert fühle, wo falsche Fronten aufgebaut werden. Daraufhin will ich auf die ‘richtigen Fronten’, auf wichtige unterschiedliche Einschätzungen eingehen.

Falsch ist die Behauptung, dass in meinem Artikel externe Faktoren und kapitalistische Produktionsverhältnisse nicht als Ursachen von Armut benannt werden. Sowohl im Wortlaut als auch in der gesamten Intention meines Artikels spielen die externen Faktoren eine entscheidende Rolle. In der Ursachenanalyse für Verarmungsprozesse heißt es: „Globalisierung führt ... zur Aufrechterhaltung bzw. Verschärfung von Armut, weil sie einhergeht mit Kapitalintensivierung und damit einer Marginalisierung bzw. Ausgrenzung von Menschen aus dem Produktionsprozess und vom Zugang zu Ressourcen“ (220). Um einer Interpretation vorzubeugen, die den von mir auch genannten internen Einflussfaktoren zu großes Gewicht beimisst – und damit als explizite Abgrenzung zu einem die Verantwortung primär bei der Politik der Länder des ‘Südens’ suchenden *Mainstream* – betone ich auf den Seiten 221 und 222 eigens noch einmal, dass sich die unter dem Begriff ‘schlechte Regierungsführung’ subsummierten internen Faktoren „in einem weiteren globalen Rahmen vollziehen, der insgesamt nur begrenzte Spielräume für die Beseitigung

von Massenarmut lässt“ (221). Auch mein Fazit lässt keine Zweifel daran, dass Marktöffnung „Chancen für Produkte ungelernter Arbeitskräfte vernichtet, ruinöse Konkurrenz und damit Marginalisierung bewirkt“ (240). Entsprechend wird in den entwicklungspolitischen Konsequenzen – wiederum im Gegensatz zum derzeitigen Mainstream – die Notwendigkeit eines selektiven Schutzes der Binnenmärkte armer Länder, also die Abkehr von einer Politik der Marktöffnung gefordert (241). Ich sehe mich also mit Hauck in Übereinstimmung, wenn er davon ausgeht, dass eine weltweite Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse Armut verschärft. Vielleicht ist es die von mir verwendete Mainstream-Kategorie „Globalisierung“, die den Blick auf den Zusammenhang zwischen globaler Kapitalverwertungslogik und Vernichtung von Existenzgrundlagen etwas versperrt. Im Unterschied zu Hauck sehe ich die Armut verursachende Tendenz postfordistischer Kapitalverwertung allerdings nicht primär im ausbeuterischen Wirken transnationaler Konzerne (Jobs bei jenen sind fast überall vergleichsweise begehrt), sondern in der marginalisierenden Wirkung des globalen Rationalisierungswettbewerbs.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Position von Hauck und der von mir in dem kritisierten Artikel vertretenen Einschätzung besteht in der Gewichtung der internen Faktoren. Ich gehe davon aus, dass *rent seeking*, *Staatsklassen*, *Klientelismus* und *Anreizsysteme* gleichermaßen wichtig sind wie globale Kapitalverwertungslogiken, wenn es um die Verursachung, vor allem aber, wenn es um die Beseitigung von Armut geht. Eine globalisierungskritische Bewegung, die diese internen Faktoren übersieht oder – nach dem Motto ‘Hauptfeind zuerst’ – hintan stellt, wird ebenso beim Bemühen um eine Verringerung der Armut versagen, wie eine Weltbank oder EU, die weiterhin auf Öffnung der Märkte für das internationale Kapital plus *good governance* setzt. Die von mir zur Analyse interner Armutsursachen verwendeten – von Hauck als ärgerlich empfundenen – Konzepte stammen übrigens – mit Ausnahme der nicht sehr analytischen Kategorie *good governance* – nicht aus dem Mainstream-Entwicklungsdiskurs, sondern aus den Sozialwissenschaften. Man kann sich über die Angemessenheit und Relevanz der dahinter stehenden Konzepte streiten (der Streit zwischen Mitgliedern der *PERIPHERIE*-Redaktion und Hartmut Elsenhans über *Staatsklassen* und deren *rent-seeking*-Orientierung datiert ja aus den frühen 1980er Jahren – vgl. *PERIPHERIE* 18/19). Im entwicklungspolitischen Diskurs spielen solche analytischen Kategorien (leider) keine zentrale Rolle. Ich will auf Haucks Zweifel an der Angemessenheit dieser Konzepte eingehen und dabei noch mal verdeutlichen, warum sie in der Debatte um Armutsursachen wichtig sind.

Zum Konzept des *rent seeking*, das Elsenhans 1981 in seinen Thesen zur „bürokratischen Entwicklungsgesellschaft“ nicht nur beschrieben, sondern auch als Resultat internationaler Verwertungszusammenhänge und Verteilungskämpfe theoretisch begründet hat (Elsenhans 1981): Hauck bestreitet nicht, dass Aneignung von Renten durch Staaten in den Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Er ärgert sich vielmehr darüber, dass das Konzept für einseitige Schuldzuweisungen an die Eliten in Entwicklungsländern und für die Durchsetzung neoliberaler Strategien missbraucht wird. Und

er verweist darauf, dass auch Konzerne nicht nur *profit seekers*, sondern – wo immer möglich – auch *rent seekers* sind. Damit hat er Recht. Nicht Recht hat er in meinen Augen, wenn er dem Konzept deshalb jeglichen Erklärungswert abspricht. *Rent seeking* als eine rationale und im internationalen Verteilungskampf legitime Strategie armer, rohstoffabhängiger Staaten führt – wenn es zu einem dominierenden Prinzip der Politikgestaltung wird – zu dem Dilemma, dass Abschöpfen lohnender wird als Investieren oder Produzieren. Also werden keine Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, Armut wird perpetuiert, selbst die begrenzten Möglichkeiten, die Weltmärkte heute bieten, bleiben ungenutzt. Wichtiger aber ist, dass bei erfolgreichen Bestrebungen gegen eine Öffnung der Binnenmärkte armer Länder zugunsten einer Protektion (also gezielte selektive Abkopplung vom Weltmarkt) eine fortgesetzte Dominanz von *rent-seeking*-Mechanismen verhindern würde, dass Protektion zugunsten einer nachhaltigen, auf Dauer konkurrenzfähigen, beschäftigungswirksamen Entwicklung genutzt würde.

Ähnlich verhält es sich mit der Kategorie *Staatsklassen*. Dass die – empirisch vielfach belegten – Selbstprivilegierungstendenzen von Politikern und Bürokraten darauf zurückzuführen sind, dass „der Bougeoisie keine alternativen Akkumulationsfelder belassen“ wurden (Hauck, 248), dass diese nur als *deal* mit Privatunternehmen realisierbar waren und dass die Kritik daran dazu geführt hat, dass Privatisierung oft pauschal als Allheilmittel durchgesetzt wurde, heißt nicht, dass die Analyse falsch ist. Legale und illegale Selbstprivilegierungspraktiken in Politik und Verwaltung, verbunden mit auf dem System der Patronage basierenden Legitimations- und Umverteilungsmechanismen führen dazu, dass die Armen und Ohnmächtigen keine öffentlichen Dienstleistungen erhalten. Und sie führen dazu, dass sie ihre Interessen nicht als Interessengruppe im gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozess durchsetzen (*empowerment* lautet das einschlägige Modewort), sondern, dass sie besser damit fahren, über klientelistische Netzwerke, als Bettler sozusagen, ihre notwendigen Bedürfnisse zu befriedigen. Einer Armutsminderung als Resultat einer politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Umverteilung steht dieses System entgegen.

Damit ist auch bereits das Problem *Klientelismus* angesprochen (auch diesen kenne ich nicht aus dem entwicklungspolitischen Diskurs, sondern aus der sozialwissenschaftlichen Literatur, vgl. Eisenstadt & Lemarchand 1981). Klientelistische Beziehungsmuster sind zwar in vorindustriellen Gesellschaften verbreiteter („Vertikalität“) und spielten dort eine wichtige Rolle zur Überlebenssicherung einerseits und zur Stabilisierung von Machtstrukturen andererseits. Ihre Übertragung auf das Verhältnis zwischen modernen Staatswesen und Staatsbürgern ist sicherlich – wie Hauck feststellt – ein Resultat aktueller sozio-ökonomischer Strukturen (Abwesenheit gesicherter Beschäftigungsverhältnisse). Das ist wichtig zum Verständnis der anhaltenden Bedeutung klientelistischer Beziehungen, ändert aber nichts an der Relevanz der Befürchtung, dass diese Armut und Abhängigkeit perpetuieren.

Auf den Begriff „governance“ will ich nicht näher eingehen. Hier handelt es sich tatsächlich um einen wenig analytischen Modebegriff des Entwicklungs-

diskurses. Ich habe in meinem Artikel ausführlich dargestellt, „warum man von einer einseitig ... auf *Good Governance* setzenden Entwicklungsstrategie keine Lösung des Problems der Massenarmut erhoffen darf“ (231).

Fazit: Mir kam es in meinem Artikel darauf an, zu belegen, dass Armut ein Resultat externer und interner Faktoren ist, dass Armutsüberwindung weder möglich ist, wenn man globaler Kapitalverwertungslogik freien Lauf lässt, noch solange in den Gesellschaften der Entwicklungsländer politische Prozesse den Logiken von *rent seeking* und *Klientelismus* folgen. Blendet man die externen Faktoren aus der Analyse aus, wie es die Weltbank und der entwicklungspolitische Mainstream heute gerne tut, dann (aber nur dann, Gerhard Hauck!) werden aus relevanten internen Faktoren tendenziell problematische und irreführende Schuldzuweisungen. Blendet man aber – um solches zu vermeiden – die internen Faktoren aus, fokussiert man somit auf das kapitalistische Weltsystem als einzigen Verursacher von Armut, dann erliegt man leicht der Illusion, Armut wäre einfach zu beseitigen, wenn es gelänge, die Armen vor der Macht der freien Märkte und den Inwertsetzungsstrategien des Privatkapitals besser zu schützen. Externe und interne Faktoren in ihrem Zusammenhang darzustellen, war Gegenstand meines Artikels. Sinnvoll erscheint es mir, darüber hinaus die vielfältigen Verknüpfungen zwischen externen und internen Faktoren näher zu beleuchten. Diese kamen in meinem Artikel aufgrund des thematischen Fokus zu kurz. Hierzu hat Hauck einige relevante Hinweise geleistet. Nicht sinnvoll erscheint es mir aber, eine kritische Betrachtung auch der internen gesellschaftspolitischen Faktoren als bewertende Anprangerung, als Orientierung an zweckopportunistischen Modeworten zu stigmatisieren und damit zu tabuisieren. Es geht bei der Lösung der Probleme nicht darum, ob *rent seekers* schlimmer sind als *share holders*. Es geht darum aufzuzeigen, warum beide Logiken in ihrem Zusammenspiel Armut verschärfen.

Literatur

- Elsenhans, Hartmut (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft*. Frankfurt a.M. & New York.
- Eisenstadt, Shmuel N.; & Rene Lemarchand (1981) (Hg.): *Political Clientelism, Patronage and Development*. Beverly Hills & London.
- Hauck, Gerhard (2007): „Die Scheuklappen des Entwicklungsdiskurses. Anmerkungen zu Theo Rauchs ‘Von Basic Needs zu MDGs’“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 107. S. 246 –249.
- Rauch, Theo (2007): „Von Basic Needs zu MDGs. Vier Jahrzehnte Armutsbekämpfung in Wissenschaft und Praxis und kein bisschen weiter“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 107, S. 216 – 245.

Anschrift des Autors:
 Theo Rauch
 Theorauch@aol.com